

Eine Wortmeldung des Kairos-Palästina-Solidaritätsnetzes

April 2019

„Keinen theologischen Deckmantel für das Unrecht anbieten“ *

Warum Theologie?

Das theologische Gespräch ist nur eine Ebene, auf der die Auseinandersetzung um die Besetzung Palästinas und die damit verbundenen Leiden der Menschen in dieser Region geführt wird. Unsere Schwesterkirchen im Nahen Osten betonen jedoch mit Nachdruck, dass es ihnen neben den Fragen der Völker- und Menschenrechte, der Politik und Wirtschaft auch und vor allem um „Glaube, Hoffnung und Liebe“ geht. Deshalb die hier vorliegende Wortmeldung des Kairos-Palästina-Solidaritätsnetzes, die der Ergänzung durch weitere vorgesehene Positionierungen bedarf, z.B. zum Kampf gegen Antisemitismus und den Missbrauch von Antisemitismuskorrekturen, sowie zur biblischen Tradition und den historischen Varianten des Zionismus.

Wer wir sind

Das deutsche KAIROS-Palästina-Solidaritätsnetz wurde im Juli 2012 in Reaktion auf das von Christinnen und Christen in Palästina verfasste KAIROS-Palästina-Dokument („*Die Stunde der Wahrheit – ein Wort des Glaubens ...*“) unter dem Dach des ökumenischen Netzwerkes Kairos Europa e.V. gegründet. Vertreterinnen und Vertreter lokaler und bundesweiter Initiativen, Organisationen und Netzwerke versammeln sich regelmäßig in Frankfurt a.M. Der Bitte der palästinensischen Kirchen entsprechend suchen sie gemeinsam nach Wegen, das Unrecht der Besetzung Palästinas durch Israel gegenüber den Kirchen und in der Öffentlichkeit der Bundesrepublik anzusprechen und zu dessen Überwindung beizutragen.

Die doppelte Verantwortung

Als KAIROS-Palästina-Solidaritätsnetz teilen wir die Erkenntnis, dass während der Herrschaft des Nationalsozialismus auch Christen und Kirchen in Deutschland schwere Schuld für die Verbrechen an den Juden auf sich geladen haben. Wir erinnern zugleich daran, dass die Vertreibung und Unterdrückung des palästinensischen Volkes Folge und Teil dieser Schuldgeschichte ist. Obwohl wir an beiden Katastrophen Anteil haben, wird in Kirche und Gesellschaft zumeist nur die Verantwortung gegenüber Israel thematisiert. Wir fordern, endlich die doppelte Verantwortung gegenüber den Menschen in Palästina und in Israel wahrzunehmen. Wir wehren uns entschieden dagegen, dass die Erinnerung an den Holocaust dazu dient, die Vertreibung und Unterdrückung des palästinensischen Volkes, sowie das seit mehr als 50 Jahre währende Besatzungsregime hinzunehmen oder gar zu rechtfertigen.

Was wir wollen

Im Bewusstsein dessen stehen wir als KAIROS-Palästina-Solidaritätsnetz ein

- für einen Frieden in Gerechtigkeit im Land der Bibel, der den Menschen in Palästina und in Israel Sicherheit, Freiheit und Wohlergehen gewährt;

* Kairos Palästina – Die Stunde der Wahrheit, 2009, Kap. 6.1

- für die Selbstbestimmung und Gleichberechtigung der palästinensischen Bevölkerung in Israel und den besetzten Gebieten;
- für die Beendigung der Besetzung und der fortschreitenden Aneignung palästinensischen Landes durch Israel im Stil des Siedlerkolonialismus.

Das KAIROS-Palästina-Solidaritätsnetz will damit den Ruf der Christen im Heiligen Land „an die Kirchen der Welt“ vermitteln: „*Unsere Frage an unsere Brüder und Schwestern in den Kirchen heute lautet: Könnt ihr uns helfen, unsere Freiheit zurückzuerlangen?*“ (Kairos-Dokument 6.1)

Worüber wir reden müssen

Das KAIROS-Palästina-Solidaritätsnetz will unter dieser Perspektive der Hoffnung auf Gerechtigkeit und Frieden die Auseinandersetzung mit der israelischen Besatzungs- und Kolonisierungspolitik fördern und das Gespräch mit Kirchenleitungen, Hilfswerken und Verbänden suchen, aber auch mit Gemeinden und der kirchlichen und gesellschaftlichen Öffentlichkeit.

Für dieses Gespräch sind die politische Analyse sowie der aktuelle Stand der historischen Forschung wichtig. Seit das KAIROS-Dokument im Jahre 2009 verfasst wurde, hat sich die Situation dramatisch zugespitzt. Der Druck auf die Palästinenser hat unerträglich zugenommen, und die Selbstzerstörung des demokratischen Anspruches Israels schreitet voran. Diese Entwicklungen sind den Beteiligten am öffentlichen Diskurs, sei es in den Kirchen oder in der Politik, nicht verborgen geblieben. Ihre Wahrnehmung bei der eigenen Meinungsbildung und ihre Berücksichtigung bei der öffentlichen Äußerung hängt weitgehend von der vorgefassten Einstellung ab, in den Kirchen insbesondere vom theologischen Vorverständnis.

Aus unserer Sicht sind es vor allem zwei thematische Schwerpunkte, die im kirchlichen Gespräch eine Schlüsselrolle spielen, nämlich die Bestimmung des Verhältnisses zwischen biblischem und modernem Israel, sowie des Verhältnisses zwischen Universalität der Verheißung und Partikularität der Erwählung. Nachfolgend skizzieren wir unsere Auffassung zu diesen Themen.

Thema Nr 1:

Biblisches Israel und modernes Israel

Wir stellen fest, dass viele jüdische Israelis ihren Staat im Sinne der Wiedergeburt des antiken Israel verstehen. Eine biblische Begründung für seine Entstehung im Jahre 1948 halten wir für nicht sachgerecht und damit für einen Missbrauch der Bibel.

In der allgemeinen Diskussion über den Nah-Ost-Konflikt werden die Begriffe Israel, Juden und jüdisches Volk häufig unscharf benutzt. Im theologischen und im politischen Diskurs sollte nach unserer Auffassung deutlich zwischen dem Israel, von dem die Bibel spricht, und dem modernen Nationalstaat Israel unterschieden werden.

Wir anerkennen, dass es einen auf Tradition beruhenden Zusammenhang zwischen dem biblischen und dem modernen Israel gibt, nicht aber eine politisch stringente, rechtlich tragfähige und biblisch begründbare staatliche Kontinuität. Die faktische Existenz des modernen Staates Israel wird damit von uns nicht in Frage gestellt und schon gar nicht das Recht aller Bewohner zwischen Jordan und Mittelmeer auf ein Leben in Gerechtigkeit, Freiheit und Sicherheit.

Die Staatlichkeit Israels ist aus unserer Sicht ausschließlich politisch zu verstehen. Sie geht zurück auf den Teilungsplan der UNO von 1947. Die völkerrechtliche Anerkennung der Souveränität des Staates durch die Mehrzahl der Mitgliedstaaten der UNO erfolgte auf Grundlage der Waffenstillstandsvereinbarungen mit den arabischen Nachbarstaaten von 1949. Eine Erweiterung der Souveränitätsrechte auf territoriale Eroberungen von 1967 schlossen die Resolution 242 und weitere Resolutionen des UN-Sicherheitsrates aus. Für die Entscheidung der Vollversammlung der UNO, die Staatsgründung Israels auf einem Teilterritorium Palästinas zuzulassen, hatten ethische Überlegungen auf dem

Hintergrund des vom deutschen Faschismus verübten Völkermordes eine entscheidende Rolle gespielt. Dass diese Entscheidung trotz des Protestes der einheimischen Bevölkerung auf der Grundlage einer bis dahin nicht beendeten Kolonialverwaltung getroffen wurde, verletzte nach unserer Auffassung Prinzipien des Völkerrechts. Schon unter englischem Mandat waren geplante ethnische Säuberungen durchgeführt worden. Sie wurden in den folgenden kriegerischen Handlungen in großem Maßstab fortgesetzt und sie sind eine der entscheidenden Ursachen für den anhaltenden Konflikt.

Als Staat, dessen Entstehung auf eine Empfehlung der Vereinten Nationen zurückgeht, ist sein Handeln, wie das aller Staaten, an die Bestimmungen der Allgemeinen Menschenrechtserklärung, des UN-Zivilpaktes, des UN-Sozialpaktes und weiterer völkerrechtlicher Vereinbarungen gebunden. Die Prinzipien der Gleichheit aller Menschen, der Universalität des Rechtes und des Schutzes der Schwachen, die diesen Bestimmungen zu Grunde liegen, korrespondieren nach unserem Verständnis mit biblischen Aussagen. Der Versuch, Nationalstaaten darüber hinaus eine religiöse Würde oder Legitimation zu verschaffen, dient aus unserer Sicht stets, so auch im heutigen Israel, dem Anspruch von Überlegenheit über Andere. In dieser Hinsicht ist auch das am 19. Juli 2018 von der Knesset verabschiedete Nationalstaat-Gesetz (hebräisch: Gesetz der Nationen) äußerst problematisch. Mit der Definition Israels als „Nationalstaat des jüdischen Volkes“ verweigert es Israelis mit arabischem, drusischem, muslimischem und auch christlichem Hintergrund die vollen Bürgerrechte.

Die Berufung des religiösen Zionismus auf das Recht der Rückkehr in das von jüdischen Vorfahren bewohnte Land begründet keinen territorialen Rechtsanspruch und kann keinesfalls höher als das Wohn- und Lebensrecht der bisherigen Bewohner rangieren. Deren Verdrängung oder Vertreibung war und ist ein Akt der Gewalt. Die fortgesetzte Missachtung von Beschlüssen der UNO zur Beendigung der Besetzung erhöht das Unrecht.

Thema Nr 2:

Universalität der Verheißung und Partikularität der Erwählung

Die Botschaft von Gottes befreiendem Handeln ist in der Bibel universal auf den Menschheits-horizont bezogen. Dazu nimmt Gott immer partikular einzelne Menschen und menschliche Gemeinschaften in Anspruch.

Der kirchliche Disput um die theologische Einordnung des Israel-Palästina-Konfliktes ist geprägt durch die Gegenüberstellung von dem partikularen Bund Gottes mit Israel einerseits und der universalen Menschheitsperspektive im Alten und im Neuen Testament andererseits. Eine Klärung dieses Verhältnisses ist notwendig vor allem, weil in der Auseinandersetzung um die territorialen Ansprüche des Staates Israel aus der alttestamentlichen Verbindung von partikularem Bund und der damit verbundenen Landverheißung das Recht auf Besetzung und Besiedlung palästinensischen Landes abgeleitet wird.

Nach einer Sichtweise gewinnt das Alte Testament seine Einheit als Dokument der Geschichte eines eindrucksvollen Ringens des alten Israels um die Gestaltung seines Lebens unter der Verheißung und Forderung seines Gottes. Es enthält Texte einer stammesreligiösen und staatsreligiösen Vergangenheit, die partikular an Israel und seinem Ergehen orientiert sind. In den jüngeren Schichten – vor allem der prophetischen Überlieferung – finden sich Texte mit einer universalen, auf das Heil der gesamten Menschheit abzielenden Perspektive. Das Neue Testament, Grundlage christlicher Identität, entsteht zwar im Kontext der Hoffnung Israels, hat seinen Grund aber im Glauben an ein entscheidendes neues schöpferisches Handeln Gottes im Sterben und Auferstehen von Jesus Christus. So hat es von Anfang an einen universalen Horizont, und diese Universalität wird in der Kirche aus "Juden und Griechen" auch gelebt. In diesem geschichtlichen Zusammenhang wird das Alte Testament zuallererst von Juden

neu gelesen – heute im Dialog mit den Juden, die diesen Weg nicht mitgegangen sind. Dieses neue schöpferische Handeln Gottes in Jesus Christus (2 Kor 5,17) ermutigt den Menschen, versöhnt mit seinem Schöpfer zu leben. Ein neuer Bund schließt jeden ein, der sich versöhnen lässt (2. Kor 3,6). Dieser Glaube greift verwandelnd in das Leben der Glaubenden ein. In der neuen Schöpfung gilt nur der Mensch: "Da ist weder Jude noch Grieche, denn ihr seid allzumal einer in Jesus Christus" (Gal 3,28). Die so Berufenen stellen sich in den Dienst der Gerechtigkeit, die das Lebensrecht jedes Menschen uneingeschränkt bejaht. (Röm 6,19) – für uns heute ausgelegt in den Menschenrechten. Jesus selbst begründet ebenfalls mit dem Blick auf das Schöpferhandeln Gottes seine Botschaft, die alle wertenden partikularen Unterscheidungen hinter sich lässt: Gott lässt die Sonne über Gute und Böse scheinen – wer auf ihn vertraut, bekennt sich zur Geschwisterlichkeit aller Menschen. So begründet Jesus den Ruf zu einer umfassenden gewaltfreien Menschenliebe, die auch noch den Feind einschließt (Matth 5,43ff), solidarisch zuerst mit den "geringsten Brüdern" (Matth 25,36ff).

Eine andere Sicht macht geltend, dass nicht erst seit dem Erscheinen des Messias Jesus die Bibel den Blick – vermittelt durch das Volk Israel – auf die Völkerwelt richtet. Beide Teile der Bibel sind zusammen Grundlage des christlichen Glaubens. Der Bundesschluss mit Israel ist nicht Ziel in sich selbst, sondern Auftrag, allen Völkern Segen zu bringen (Gen 12,1-3). Gott bindet sich partikular an Menschen, um der universalen Menschheit willen. Nach dieser Lesart lässt sich – bei aller Konzentration der hebräischen Bibel auf Israel und seine Geschichte innerhalb seines begrenzten Lebensraumes – die universale Perspektive wie der Leitfaden einer großen Erzählung durch den gesamten uns vorliegenden Kanon der Schriften beider Teile der Bibel verfolgen. Auch wenn viele Einzeltexte Familien- oder Stammesgeschichten und lokale Traditionen wiedergeben, gerät dieses Grundmotiv insgesamt als Bestandteil des Bundes Gottes mit Israel nicht aus dem Blick. Die messianische Jesus-Bewegung steht nach dieser Auffassung in der Kontinuität dieser universalen Perspektive. Zugleich lebte Jesus in dem ganz spezifischen Kontext der römischen Unterdrückung seines Volkes im Milieu des antirömischen Widerstandes und starb als Rebell. Seine Auferstehung ist die überwältigende Erfahrung der kleinen Gruppe von Anhängern und Anhängerinnen, die er als „Salz der Erde“ und „Licht der Welt“ bezeichnet hat.

Wenn auch die hier knapp skizzierten Sichtweisen einen unterschiedlichen Blick auf das biblische Israel haben, so stimmen sie doch darin überein, dass wir als Christen die Bibel Alten und Neuen Testaments in einem universalen Verheißungshorizont lesen. Wann immer die in beiden Sichtweisen vertretene universale Perspektive der Bibel als nachrangig oder unmaßgeblich angesehen wird, muss dem aus unserer Sicht theologisch entschieden widersprochen werden. Dies gilt umso mehr, wenn unter Berufung auf eine ausschließlich dem jüdischen Volk geltende göttliche Verheißung staatliche Privilegien gegenüber den Palästinensern und die Begründung doppelter rechtlicher Standards theologisch gerechtfertigt werden sollen. Deshalb ist es, im Sinne der eindringlichen Bitte der Verfasser des KAIROS-Dokumentes, unser Anliegen, „keinen theologischen Deckmantel für das Unrecht anzubieten“, unter dem die Menschen in Palästina leiden (KAIROS-Dokument 6.1).

Nachbemerkung:

In unserem Land nimmt die Tendenz zu, Kritik an der Politik Israels als antisemitisch zu brandmarken. Als KPS machen wir geltend, dass fragwürdigen politischen Ressentiments gegenüber Israel am besten dadurch gewehrt wird, dass belastbare Vorwürfe der Verletzung von Menschen- und Völkerrechten offen angesprochen, geprüft und gegebenenfalls unmissverständlich verurteilt bzw. sanktioniert werden. Dazu gehört auch die Prüfung der ideologischen, und in diesem Falle theologischen, Begründungen. Das setzt auch voraus, dass die Leiden der palästinensischen Bevölkerung durch Vertreibung und Besetzung angemessen in Betracht gezogen werden. In diesem Sinne verstehen wir unsere Arbeit auch als einen Beitrag im Kampf gegen den Antisemitismus in unserer Gesellschaft.